

Pressemitteilung der FDP-Fraktion Burg

Die FDP-Fraktion begrüßt den Neubau eines Kindergartens für die Gemeinde Burg.

Auch wenn die ehemalige Gemeindevertretung, gegen die Stimmen der FDP, das Geschenk des Amtes abgewiesen hat, und sich die Möglichkeit zum Kindergarten-Bau an der ehemaligen Grundschule vertan hat, haben die Fraktionsmitglieder der FDP in allen Findungs- und Planungsphasen aktiv an der Gestaltung des neuen Kindergartens mitgewirkt. So wurde im Arbeitskreis zur Findung des am besten geeigneten Standortes für den neuen Kindergarten von allen Fraktionen der Platz am Schulerweiterungsgelände favorisiert.

Leider wurde diese Empfehlung, wie viele andere, von einer Mehrheit aus CDU, KWV und SPD im Gemeinderat abgelehnt.

Stattdessen wurde mit einem fadenscheinigen Gerüst namens „PLAN B“ versucht, erwartete Kosten so undurchsichtig auf die Kirche oder den Bauhof umzulegen oder im Gemeindefausthaushalt von der einen in die andere Tasche zu schieben, dass man am Ende mit € 1,4 Mio. argumentieren konnte.

Man hat allerdings vergessen, die Kirche als Betreiber in diese Planungen einzubeziehen, womit zum Beispiel der Innenausbau sowie die Kostendeckung dafür noch nicht gesichert sind.

Auch die Verschiebungen im Haushalt werden uns spätestens Ende nächsten Jahres einholen.

Vor dem Hintergrund der Kostenexplosion durch plötzliche Funde von krebserregenden Stoffen mit dadurch notwendigen Bohrungen und anschließendem Bodenaustausch, wegen Planungsänderungen notwendig gewordene Fachplaner, deren Entgelt mittlerweile fast das Volumen des Architektenhonorars erreichen, neuester Hausmüllfunde mit einem Entsorgungsvolumen und Auffüllvolumen jenseits der € 50.000,00 ist es uns unverständlich, warum an diesem Bauplatz festgehalten wird.

Bei einer zu erwartenden Gesamtinvestition bei ca. € 2 Mio. darf man unserer Meinung nicht an alten Beschlüssen, die mit einer zweifelhaften, weil desinformierten Mehrheit geschlossen wurden, festhalten. Wenn Investoren vor der Tür stehen, die immer noch bereit sind über € 400.000,00 in die Gemeindekasse zu geben und zusätzlich die Attraktivität unserer Gemeinde als Unterzentrum stärken, auch wenn man über das

Ausmaß noch diskutieren sollte, muss man über Beschlussänderungen und andere Standorte nachdenken. Wir meinen, dass wir nichts zu verschenken haben! Gleichzeitig könnte dann die notwendige Straßenverlängerung hinter Aldi als Zuwegung für den Kindergarten fertiggestellt werden.

Giftfunde in Form von polyzyklisch-aromatischen-Kohlenwasserstoffen sowie Hausmüllfunde mit Altlasten wie Spritzen, Scherben, Skalpelln und anderem, die nach Auffassung der Kolleginnen und Kollegen der CDU und KWV ja nur bis zum Zaun entfernt werden müssen, sind für uns das absolute K.O.-Kriterium für diesen Standort.

Sollte sich irgendwann ein Kind über unerklärliche Beschwerden äußern, müssen wir uns als Gemeinde fragen, ob wir wirklich das optimalste für unsere Kinder und Enkelkinder gemacht haben.

Sollte sich irgendwann ein Kind jenseits des Zaunes ernsthaft verletzen, werden wir uns rechtfertigen müssen.

Spätestens dann wird sich die Bürger Bevölkerung bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, die diesen Platz, gegen unsere Stimmen durchboxen wollen, bedanken.

Nur weil einige wenige Eltern, vertreten durch lautstarke Elternvertreter des Kindergartens, den angeblich etwas weiteren Weg zum Schulerweiterungsgelände scheuen und dabei nicht auf die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den dortigen Schulen, den Sportstätten sowie dem Waldkindergarten sehen, können wir uns als Gemeinde nicht vor deren Karren spannen lassen.

Vielmehr müssen wir langfristig zum Wohl unserer Gemeinde entscheiden.

Dieses Wohl sollte nicht durch überstürzte Entscheidungen erfolgen, die auf Grund von Meinungen einiger Weniger entstanden sind. Vielmehr sollte man den momentanen Baustopp nutzen, um Kosten und Nutzen gegeneinander aufzuwiegen und eventuell auch einmal die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu erfragen. Und hierbei denken wir nicht nur an die momentanen Eltern des Petri-Kindergartens, die in wenigen Jahren diesem Kindergarten Lebewohl sagen.

Vor Mitte Januar ist nicht mit belastbaren Zahlen zu rechnen. Erst dann zeigt sich, was dieser Kindergarten den Steuerzahler, denn dieser trägt letztendlich unsere Entscheidungen, kostet.

Nutzen wir diese Zeit, um nach einer allgemeinverträglichen Lösung zu suchen,

zum Wohle Burgs!

Burg, 15. Dezember 2009